

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Würzburg, 15. Oktober.

1. Verhandlungstag.

Nachmittagsitzung.

Ragenstein-Strasund begründet einen von Nürnberg, Würzburg und dem 6. pfälzischen Wahlkreis gestellten Antrag, der den Parteitag auffordert, im Interesse der Einigkeit alle Gegensätze zu unterdrücken und dem sinnwidrigen Bruderkampf ein Ende zu machen. Eine Partei, die für die Verständigung der Völker wirke, dürfe nicht um Mittel und Wege verlegen sein, in die eigenen Reihen einheitlichen Sinn zu bringen. Ragenstein wendet sich dann in einem Punkte gegen die Haltung der Partei, in der Frage Elsaß-Lothringens. Wenn die Partei in Stockholm erklärt habe, daß sie für das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei, dann müsse sie dieses Recht jeder Nationalität zugestehen, sobald aus ihrer Mitte diese Forderung erhoben werde. Ihre praktische Durchführung dürfe auch keine Schwierigkeiten machen. Auch wenn man persönlich für den Anschluß Elsaß-Lothringens an Deutschland sei, müsse man die Entscheidung der Sache selbst Elsaß-Lothringern überlassen. Hoffentlich entscheidet sich das Elsaß-Lothringische Volk für ein Verbleiben bei Deutschland.

Labbe-Mühlhausen I. E. spricht für den Versuch zur Wiedervereinigung mit den Unabhängigen und verlangt, daß die Politik der Partei einen Kurs nach links macht. Die Partei sei durch Einigkeit groß geworden, Zersplitterung müsse sie schwächen. Frau Juchacz-Berlin lenkt die Aufmerksamkeit des Parteitags auf die Notwendigkeit, die Frauenbewegung mit allen Mitteln zu fördern. Man soll die Frauen zur Mitarbeit auf sozialpolitischen Gebieten und in der sozialen Fürsorge in weitestem Maße heranziehen, weil sie sich damit die Sympathien aller im Erwerbsleben stehenden Frauen erwerben. Die Partei müsse dabei Hand in Hand mit den Gewerkschaften gehen. Für die auf sozialen Gebieten arbeitenden Frauen sind regelmäßige Zusammenkünfte nötig, auf denen die Notwendigkeiten der Arbeit in Verbindung mit der Organisation durchgesprochen werden. Daneben darf selbstverständlich die rein politische Aufklärung der Frau nicht zu kurz kommen. Es sind bestimmte Direktiven notwendig, und bei der Agitation über das ganze Land müssen sich die amtlichen Organisationen diesen Direktiven anpassen. Rednerin verliest eine Erklärung der weiblichen Delegierten, worin hervorgehoben wird, daß der Arbeiterinnenschutz und die verantwortliche Mitarbeit der Frauen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge gefördert werden sollten. Der Parteivorstand soll sich dazu mit der Generalkommission in Verbindung setzen.

Eingegangen ist folgende Entschließung Severing und Genossen:

Durchdringung von der Ueberzeugung, daß eine erfolgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitlichkeit möglich ist, teilt und unterstützt der Parteitag alle Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteinheit gerichtet sind. Die Parteinheit steht in einer demokratischen Partei bei größter Duldung aller Meinungsverschiedenheiten die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit voraus. Wer diese Grundsätze nicht anerkennt, verneint die Lebensquelle der Partei, die in der Zusammenfassung aller Kräfte zu einem einheitlichen Willen und einheitlichen Aktionen liegt. Alle Bestrebungen auf Herstellung der Parteinheit müssen deswegen die Forderung auf Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen.

Das beste Mittel zur Förderung der Parteinheit erblickt der Parteitag in der Stärkung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er fordert darum die Klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands auf, sich ihr anzuschließen. Die Ausbreitung ihrer geschlossenen Organisation bildet die sicherste Gewähr dafür, daß die schwierigen politischen Kämpfe der Zukunft erfolgreich für die Arbeiterschaft ausgehen werden.

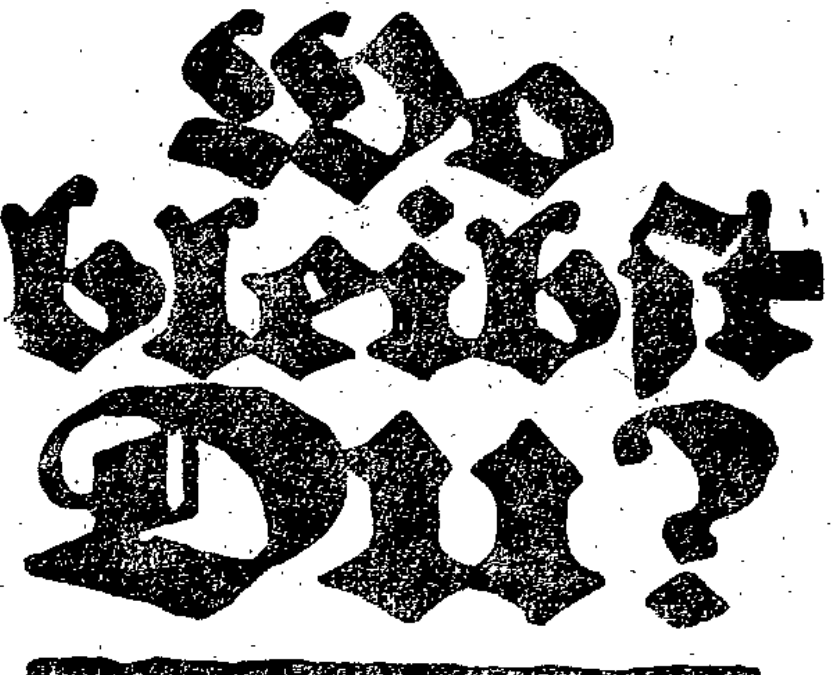
Mit der Annahme dieser Entschließung hält der Parteitag die Anträge 1-13 (Wiedervereinigung betreffend) für erledigt.

Abg. Hug-Rüstringen: Der Parteitag konnte im Konflikt gar nicht anders handeln. Die richtige Stellung der Partei zum Kriege brauchte kein Anlaß zur Spaltung zu sein. Ein Teil derjenigen, die die Spaltung herbeigeführt haben, stand bei Kriegsausbruch auf demselben Standpunkt wie die Partei. Für die Austragung der gegenwärtigen Meinungen über die Stellung der Partei zum Staat kann es keinen ungeeigneteren Zeitpunkt geben als den Krieg. Die deutsche Arbeiterklasse steht auch heute noch inkonkord und unbewußt vielmehr auf dem sozialistischen Standpunkt zum Staat, als auf dem scholastischen Standpunkt des Marxismus. Bei den früheren Meinungskämpfen haben sich die

Parteitage mit erdrückender Mehrheit auf den Standpunkt des Parteivorstands, Fraktion und Gewerkschaftsleitung gestellt. Die Partei dürfte eine so selbstherrliche Führung der Redaktion der „Neuen Zeit“ gar nicht dulden. Mehrheit steht es mit der „Neuen Zeit“. Ich habe immer erwartet, daß diese Redaktionen ihre Stellungen dem Parteivorstand zur Verfügung stellen. Unter der

und Stadthagen begegnen wir einem Blanquismus, den wir in der Partei längst überwunden glaubten, und der bekämpft werden muß. Wer kann es wünscheln, daß die Partei in der Hinsicht von früher verbleibt? Wir müssen die Demokratisierungspolitik stärken. Ich wünsche, daß bei uns die Verhältnisse noch so werden, wie sie in den skandinavischen Ländern sind, daß wir nicht nur regieren, sondern praktische Politik treiben. (Lebhafter Beifall.)

Breslau: Mancher Freund der Einigkeit wird sich enttäuscht abenden, wenn er spürt, daß die Unabhängigen es an Neigung zur Einigkeit noch sehr fehlen lassen. Die Vogtherr, die Dittmann, die Ledebour reizen im Lande herum, um unsere Redner gegenüberzutreten. Haben Sie vielleicht gelesen, daß sie den Albrecht oder der Vaterlandspartei entgegengetreten wären? (Sehr richtig!) Aber unsere Friedensredner haben sie die Versammlungen zu schanden gemacht. So haben sie dem deutschen Proletariat gedient. (Sehr wahr!) Ich verstehe es nicht, wie Dittmann auch nur ein Wort der Verteidigung der bekannten Pamphlete gegen uns sagen konnte. Es stimmt auch nicht, daß die Unabhängigen überall schärfere angefaßt werden. Im Gegenteil, weil sie darin einen Keim des Zwistes und des Zwiespalts für die Arbeiterbewegung erblickten. (Zustimmung.) Der einzig mögliche Weg zur Einigung der Arbeiter ist die Annahme der Entschließung Severing und Genossen. Wir notwendig halte ich es aber, ab und zu auch die Genossen von der rechten Seite zurückzuweisen, die uns allzusehr nach der einen oder anderen Richtung engagieren. Wir müssen des öfteren betonen, daß die Leinich und Hänsch nicht für die Partei, sondern für sich selbst sprechen. Ich glaube, auch Heilmann, dessen Rührigkeit die Parteipresse ja eine ganze Menge verdankt, müdet der Welt doch manchmal etwas zu viel zu, wenn er sagt, daß wir die Wahlreform in Preußen erst nach dem Kriege brauchen und wenn er sich gegen die Einführung des parlamentarischen Systems wendet. (Hört, hört!) Unverzweigt ist es, wenn Heilmann in einer Besprechung der Reichstagsitzung über den bekannnten Putsch von Michaelis schreibt: „Dazu ist Hoare viel zu klug und Dittmann viel zu vorsichtig!“ Sehr beachtenswert erscheinen mir die Ausführungen von Sölkmann. Wir haben im Punkte der Presse viel zu viel versäumt und wir müssen den Bedürfnissen mehr als bisher entgegenkommen. Wir brauchen nicht so weit zu gehen in der Befriedigung der Sensationslust wie etwa die „Leipziger Volkszeitung“ (Heterotie!), bei der die feilen Ueberschriften manchmal die halbe Seite bedecken. Aber den Wünschen der Frauen und besonders der Feldgrauen müssen wir mehr gerecht werden. Bemühen Sie sich, unsere Presse in die Lagerschiffe zu bringen, dort liegen überall bürgerliche Blätter aus. Wollen wir Erfolg haben, dann müssen wir allerdings unsere Abonnenten verschonen mit spaltenlangen Berichten über Parteistreitigkeiten. Um wir weiter unsere Pflicht, um den Frieden herbeizuführen, und die Arbeiter werden uns folgen; die anderen mögen dann sehen, wo sie bleiben. (Lebhafter Beifall.)



Am 18. Oktober um 1 Uhr mittags wird die Zeichnung der 2. Kriegsanleihe geschlossen. Nun ist keine Zeit mehr zu verlieren, wenn Du die Erfüllung Deiner Pflicht noch hinausgeschoben hast oder wenn Du in letzter Stunde Deine Zeichnung noch erhöhen willst.

Wer jetzt dem Vaterland die nötigen Mittel versagt, verlängert den Krieg, unterstützt die Feinde und macht sich so unfühnbar schuldig an seinen Brüdern im Felde.

Darum mußt Du zeichnen!

neuen Redaktion soll aber in der „Neuen Zeit“ volle Meinungsfreiheit herrschen. Der einfachste Arbeiter weiß, wie notwendig die Einigung ist, umso mehr müßten es die Führer wissen. Gewiß stimmen viele Arbeiter denen zu, die am meisten kämpfen, aber man darf nicht aus der Stimmung heraus Politik machen und die Einigkeit der Partei zerstören. (Sehr richtig!) Bei Ledebour

Reichstagsabg. Schäpflin: Die organisatorische Einheit der Arbeiter zu erhalten, war natürlich unsere Pflicht, aber in diesem Bestreben sind wir bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Jetzt den anderen Anträge zu machen, schiene mir außerordentlich unklug und schädlich für die Zukunft. (Teilw. Beifall.) Die Unabhängigen sagen, daß wir alle Prinzipien preisgegeben und verraten hätten. Sollen wir nun das Opfer des Intellekts bringen oder die Unabhängigen? Ehe nicht die Läuterung durch große politische Entscheidungen erfolgt ist, eher ist an eine Wiedervereinigung nicht zu denken. Erst müssen sie die ganzen Schäden davon spüren, daß sie in der schweren Zeit die Einheit der Arbeiterbewegung gebrochen haben — erst dann werden sie zur Einigung reif. Vor dem Frieden und den nächsten Reichstagswahlen wird das gewiß nicht sein. (Teilw. Beifall.) Aber die zweijährigen Kämpfe haben auch soviel persönliche Verbitterung und Abneigung hinterlassen, daß an ein erträgliches Zusammenarbeiten garnicht zu denken ist. Die Unabhängigen können auch ihre aufgekehrten Anhänger garnicht zur Einigung mit uns führen. Sie verlagten ihnen die Geselligkeit und ließen zu den Linken. Draußen ist eine gewisse Jagheit infolge der allgemeinen schlechten Stimmung in diesem vierten Kriegsjahre. Wo aber die Genossen diese Jagheit überwunden haben und an die Arbeit gegangen sind, da hat unsere treffliche Position sich voll bewährt und reiche Früchte getragen. Ueberwinden wir die Schwierigkeiten — das wird uns stärken für den neuen Kampf um die Zukunft der Arbeiterklasse. (Beifall.)

Engler-Freiburg: Im allgemeinen billigen wir durchaus das Verhalten des Parteivorstandes. Seinen Langmut gegenüber Kautsky und Clara Zetkin habe ich freilich oft bewundert. Längst hätte Kautsky aus Anstand sein Parteiamt niederlegen müssen. Für die „Neue Zeit“ wünsche ich geistige Freiheit, aber

Fiat justitia!

Von T. H. Mügge.

2. Fortsetzung.

Er blickte den Major herausfordernd an, sagte aber dann gelassener: Ihr könnt gar keinem vornehmeren Stand angehören, als dem, wobei Ihr jetzt seid, da Ihr meinen Rock tragt. Dem Stande gehöre ich selbst an, bin Offizier, wie Ihr es seid. Macht mir also keine Klauen, Major, ich denke, daß ich noch mehr aus Euch machen will.

Majestät antwortete Herr von Neuwendorf zögernd, ich glaube democh, daß ich Gründe habe —

Ihr sollt keine Gründe haben, und ich will nichts davon hören, fiel der König ein. Wenn Ihr einmal alt seid, könnt Ihr immer noch Landrat werden und so viel Kohl bauen, wie Ihr wollt. Ich möchte auch ohne Sorgen leben in Wusterhausen, hab's mir manches Mal schon vorgenommen und gedacht, es sei besser, wie ein reicher Herr auf meinem Schloß zu sitzen, aber wohin uns Gott gestellt hat, da müssen wir stehen. Mich hat er an die Spitze eines Staates gestellt, Euch an die Spitze eines Bataillons, und da brauche ich Euch. Da tut, was Ihr könnt, um mein Wohlwollen zu erwerben.

Ich weiß nicht, ob ich Ew. Majestät Wohlwollen so zu erwerben imstande bin, wie ich es gern möchte, erwiderte der Major.

Was meint der Herr? rief der König. Weil Ihr ein Federstecher seid, weil Ihr mit gelehrtem Zeug umgeht, weil Ihr Euch keine Mühe um gute Reden gebt? Ich seh' Euch vieles nach, was ich nicht tun würde, wenn's ein anderer wäre. Ihr müßt Euch aber bessern, und je eher Ihr's tut, um so mehr wird's gut für Euch sein.

Es gibt noch andere Gründe, Majestät, aus welchen ich ein Soldat werden möchte.

Was habt Ihr noch? fragte der König. Der Major schloß einen Augenblick, dann erwiderte er: Erlauben Sie mir, allergnädigster Herr, daß ich zunächst nicht darauf antworte.

Ihr wollt nicht antworten? Ich will es aber wissen! rief der reizbare Monarch.

Majestät!

Wollt Ihr etwa in andere Dienste treten?

Ja, Majestät!

In andere Dienste? — Der König warf das Messer fort und wand heftig auf. Sein Gesicht wurde dunkelrot und seine Stirn über ihm schwebte auf. Was untersteht Er sich! In welchen Dienste will Er treten?

In die Dienste einer Dame, die mein Herz erobert hat, sagte der Major.

Der König sah ihn überrascht an, dann glättete sich seine Stirn und ein spöttisches Lächeln öffnete seine Lippen. Sehten

wollt Ihr? fragte er. Er ist ein Narr! Warum sagt er das nicht einfach und gerade heraus? Heiraten kann Er, wenn Er Lust dazu hat, und wenn es nach Gottes und meinen Geboten geschieht; aber den Rock ausziehen soll Er nicht. — Die runden, lichtblauen Augen des Königs musterten den Major, und als er „nach meinen Geboten“ sagte, legte er den Finger auf seine Brust.

Wer ist das Frauenzimmer, das Ihr nehmen wollt? fragte der König darauf.

Das, Majestät, muß ich für jetzt verschweigen, da ich gelobt habe, den Namen noch niemandem zu nennen.

Niemandem zu nennen! schrie der Monarch, seinen Kopf in den Nacken werfend. Ich bin kein König, der alles wissen muß. Er ist mein Unterthan. Ich befehle ihm, mit dem Namen zu nennen.

Wenn Ew. Majestät in meiner Lage wart und Ehre verpändet hätten, darüber zu schweigen, würden Sie den Befehl Ihres allergnädigsten Königs befolgen können? fragte der Major.

Der König runzelte die Stirn. Das ist dummes Zeug, antwortete er darauf, ich würde mein Wort und meine Ehre keinem Weibe verpfänden. Wenn's ein ehrlicher Name ist, kann er auch vor ehrlichen Leuten genannt werden.

Mit dem Mißtrauen, das ihm, eigen war, forschte er im Gesicht des Majors umher, und schien dabei nachzudenken, was der Grund dieses Geheimnisses sein möchte. Da aber Herr von Neuwendorf keine Antwort gab, auch in seinen Mienen sich nichts entdecken ließ, trat der König einen Schritt näher und sagte in seiner entschließener Sprechweise: So behalte Er es für sich, ich will's nicht wissen. Wenn Er kein Vertrauen zu mir hat, so tue Er, was Er will. Aber gegen meine Befehle unterhalte Er Nichts, davor warne ich ihn. Es ist mir eindeutlich, wenn die Janters heiraten. Ein bürgerlich Mädchen, wenn es aus guter Familie ist, kann jeder nehmen, auch meine Offiziers, aber keines Schusters oder Schneiders Tochter, keine Bauerndienerin, und vor allen Dingen keine unehrbare Person, mag sie sein, wer sie will. Kinder von Spitzbuben, Betrügnern und Schelmen aller Art sollen den Staupfeßen bekommen, wenn sie sich untertosen, Konversation mit vornehmen Personen anfangen und diese verführen wollen, sie zu heiraten. Offiziers aber, welche dergleichen unternehmen, sollen infam laffiert werden.

Indem der König dem Major seine strengen Gebote vorstellte, beobachtete er ihn, um die Wirkung zu bemerken, aber Herr von Neuwendorf veränderte sich auch jetzt nicht im geringsten. Als der König schwieg, sagte er: Ich kenne die Befehle Majestät.

Dann richtete Er sich danach. Es ist alles gerecht, was ich tue, Ungut und Unehre darf ich nicht dulden. Heirate Er also, wenn Er will, aber ein Frauenzimmer, das für ihn paßt. Ihr seid groß und kräftig, Major, also nicht etwa ein jämmerlich kleines Ding von Weib aus der Jugend und Gabelstaken herauskommen.

Sein Gesicht heiterte sich auf, er lächelte und sah den Major wohlwollend an. Wo den Rock zieht Ihr nicht aus, daraus wird nichts. Das hab' ich Euch sagen wollen. Nun geht Eure Wege, und wenn Ihr etwas habt, was ich Euch zu Gefallen tun soll, so sagt es mir, und ich will zusehen, ob ich es machen kann. Geld, sagte er rasch hinzu, das fordert nicht von mir, denn das habe ich nicht.

Der Major konnte sich mit Mühe ernsthaft halten. Vieles mochten die Bedingte und Güntlinge dieses strengen Monarchen von ihm erlangen. Er änderte auf ihre Bitten nicht selten selbst die Beschlüsse und Gebote seiner Behörden und die Urteile der Gerichtshöfe, und wenn seine langen Leibgrenadiere, von dem Advokaten bestochen, ihm Vorsellungen überreichten, war er schwach genug, zu bewilligen, was gegen Recht und Gesetz sprach. Aber kosten durfte es ihm selbst nichts. Geld geben war das schlimmste, was ihm zugemutet werden konnte, und er vermehrte sich dagegen sofort, wenn er glaubte, seine Börse könnte in Gefahr geraten.

Dem Major fiel jedoch nur der Pastor aus Halle ein, und er beschloß, zu dessen Gunsten womöglich etwas zu tun. Ich habe Ew. Majestät um nichts zu bitten, was mich selbst betrifft, sagte er, dagegen steht draußen ein armer Sünder, dem die Zähne vor Jurecht klappern, vor Ew. Majestät zu erscheinen.

Wen meint Ihr? fragte der König. Den Pastor Baumgarten aus Halle.

Ich der Coujon dal schrie der König. Der Kerl soll Christum erkennen lernen. Ich will ihm zeigen, wer Gottes Sohn ist!

Majestät! sagte Herr von Neuwendorf erkrankt, ich kenne den Pastor Baumgarten, er ist ein verständiger und geachteter Mann, und gewiß ein ebenso guter Christ wie getreuer Unterthan.

Was versteht er denn unter einem guten Christen? fragte der König, und wie kommt Er dazu, sich für einen solchen prählhändigen Teufelstrolch zu interessieren?

Ein prählhändiger Teufelstrolch ist das gewiß nicht, sagte der Major lächelnd; der arme kleine Geistliche fiel ihm leidig auf ein. Glaubt Er, was in der Bibel steht? fragte der König arglos. Wenn's vernünftig ist, ja, antwortete Herr von Neuwendorf.

Wenn's vernünftig ist! schrie der König. Will Er die heilige Schrift höfnerstern? Alles soll er glauben, alles! In dem Hallenreiß, dem Halle, krüppel der Geben seine Eier aus. Den Hof habe ich fortgesetzt mit keinen verfluchten Beiden, daß jeder Mensch seinen freien Willen habe, also tun könne, was ihm einfiel. Ich hätte ihn aufhängen lassen sollen. Er ist damals auch in Halle gewesen, Major, mit keinem Christentume hielt's auch damals aus, wie ich sehe. Und dieser Schelm, dieser Baumgarten — der Kerl der behauptet hat, er wolle es mit der ganzen Kirche aufnehmen.

Das hat er gewiß nicht behauptet. (Fortsetzung folgt.)

Überlebensempfindet können wir nicht brauchen. Braun scheint auf die Radikalisierung der Munitionsarbeiter nach dem Kriege zu rechnen, die sich jetzt heimlich wenig um die Partei und Gewerkschaft kümmern. Auf solche Stimmungungen sollte kein Arbeiterführer seine Politik einstellen. Wir werden eine Radikalisierung bekommen, aber eine zu praktische Arbeit! Noch eine Bemerkung zu einer Anzeigerfrage: Kämpfen Sie im Reichstage und bayerischen Landtag mit aller Entschiedenheit gegen die Pläne, Elsaß-Lothringen für Bayern zu annektieren! Auch das könnte den Krieg verlängern! Daneben aber haben wir Bayern ein besonderes Interesse daran, daß dies nicht geschieht, denn wir wollen nicht ganz von Bayern unklammert werden. Grenzfragen lassen sich mit Preußen-Lothringen noch immer besser regeln als mit Bayern. (Heiterkeit und Beifall.)

Genering-Wiesefeld: Adolf Brauns Anregung fordert Selbstverständliches. Wir wollen durch Hervorhebung der gemeinsamen proletarischen Aktion Brücken schlagen. Ich glaube, er hat sich in der Hausnummer getrennt; er hätte erst den Unabhängigen predigen müssen. Haben wir nicht Stocholm als Verhandlungsbrücke in den Vordergrund geschoben? Aber Franz Mehring schreibt an Theodor, er solle sich nicht mit den Scheidemannern an einen Tisch setzen. Haben wir nicht die Friedensresolution vom 19. Juli in den Vordergrund gestellt? Aber die Unabhängigen prägen unsere Friedensversammlungen! Niemand weiß einen Weg zur Einigung anzugeben. Wir bekämen sicher eine schroff ablehnende höhnische Antwort: der Ausdruck unserer Friedensliebe könnte sogar als Schwäche oder Würdelosigkeit erscheinen. Hier muß der Grundsatz der Unterordnung unter den Willen der Mehrheit anerkannt sein, vorher kann von einer Einigung keine Rede sein. Ich stehe mit den Genossen in den Munitionsfabriken und an der Front in lebhaftem Verkehr. Alle wollen die Einigung; aber auch eine klare einheitliche Haltung, eine Überwindung des alten Zwistes, die nur möglich ist durch Anerkennung des Mehrheitsprinzips. Die Unordnung der Föderation verschiedener selbständiger Richtungen in der Partei können wir nicht brauchen. Stärken wir im übrigen die Partei, dann brauchen wir nicht fortwährend Einigungsdeklamationen, sondern haben die Einigung in der Praxis. (Beifall.)

Seyditz-Mühlhausen/Thür.: Die Zerspaltung ist gewiß bisher nicht allzu umfangreich, aber die unabhängige Bewegung ist doch keine bloße Führerbewegung, sondern stammt aus den Massen, die nicht mit allen Handlungen des Parteivorstandes, der Fraktion und des Parteiausfühlers einverstanden sind. Warum ist der Parteivorstand nicht gleichmäßig auch gegen Lenin und seine Freunde vorgegangen? (Braun ruft: Welche Maßnahmen sollten wir ergreifen?) Wer unsere Prinzipien verlegt, gehört nicht in die Partei. (Braun: Warum stellen Sie keinen Vorschlag?) Auch die Mehrheit hat Schuld an der Zerspaltung. Ich erinnere an den „Vorwärts“-Blod in Berlin. (Heiterkeit und Widerspruch.) Setzen Sie sich nicht über die Stimmung aus dem Volke hinweg. Wenn Zehntel der Festgenaueren stehen bei uns auf dem Standpunkt, daß die Unduldsamkeit des Parteivorstandes Schuld an der Spaltung ist. Hören Sie auf die Stimme eines einfachen Mannes aus dem Volke.

Scheidemann: Ein Genosse sprach von Elsaß-Lothringen in Verbindung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, aber die Elsaßer sind keine besondere Nation. Elsaß-Lothringen ist ein deutsches Land. Wir verlangen für Elsaß-Lothringen volle Autonomie im Rahmen des Reiches. Die Unversöhnlichkeit des Reiches ist unsere Friedensbedingung. (Beif. Beifall.) In der Debatte ist viel die Rede gewesen von angeblichen Gewalttaten des Parteivorstandes, namentlich gegen den „Vorwärts“. Ich verweise kein Wort darüber, was wir uns in diesen Jahren von der alten Kommissionsredaktion haben gefallen lassen. (Sehr wahr!) Aber wir haben ja den Berlinerinnen vorgezogen, den „Vorwärts“, das Eigentum der Gesamtpartei, ehrlich mit ihnen zu teilen, so daß Vorstand und Berliner Genossen ihr eigenes Organ gehabt hätten. Aber das haben die Unabhängigen mit Hohn und Spott abgewiesen, ohne den Berliner Genossen überhaupt von unserem Vorschlag Kenntnis zu geben. (Beif. Hör, hör!) Mit Recht ist in der Debatte daran erinnert worden, daß wir ja noch vor dem Kriege derartige Auseinandersetzungen gehabt haben. Ich erinnere an Jahr 1913, wo uns gepredigt wurde, daß ein Blatt Papier, das Mitgliedsbuch, den organisierten von dem unorganisierten Arbeiter trennt. Wir stellen in die Taktik des Sozialismus hineingedrängt werden, wir sollten die politische Wirkkraft in der Organisation und in der Taktik ruffische Zustände bekommen. (Große Heiterkeit und leb. Zus.) Für das große Reich war eben eine Organisation zu wenig; Selbst Polen hatte doch mehrere Gruppen, man haben wir es auch so weit gebracht. Dabei kommen wir noch immer besser weg, als die Führer der Unabhängigen. Haben doch z. B. die Herren Linkstabilen Kaustka nachgeholt, daß er die „Neue Zeit“ zur Dime gemacht hat. (Hör, hör!) Heiterkeit! Wäre bei den anderen nur die geringste Spur von Reizung zur Einigung vorhanden, dann müßten wenigstens die persönlichen Beziehungen und Verleumdungen aufhören. (Sehr wahr!) Wir sollen angeblich die sozialdemokratischen Grundzüge verraten haben. Aber der wissenschaftliche Führer der Unabhängigen, Edward Bernstein (Heiterkeit), hat vor dem 4. August mit Marx, Kaustka, Engels und Lassalle unsere letzten Zweifel niedergeschlagen. Ist der Arbeiter auch kein Kollaborateur, so dürfen ihm die nationalen Interessen doch nicht gleichgültig sein, schreibt Edward Bernstein und weiter: „Nichts gebietet uns einen Verzicht auf die Vertretung deutscher Interessen, weil etwa französische und englische Chauvinisten daran Anstoß nehmen. Die Internationalität ist kein Grund zu häßlicher Rachegeister gegenüber den Präventionen ausländischer Präventionen. Es gibt in der Sozialdemokratie Leute, denen jedes Eintreten für nationale Interessen als Verletzung des Internationalismus und als Chauvinismus erscheint; aber je mehr sich die Sozialdemokratie entwickelt, je mehr sie sich in der Welt bewegt, desto mehr wächst auf ihre Aufgabe, politische Reformen durchzuführen.“ (Sturm, Hör, Hör!) und G. Heiterkeit! Vor dem Kriege konnte man darüber streiten, ob das richtig ist, im Kriege gab es gar keine andere Möglichkeit. (Sehr wahr!) Edward Bernstein hat sehr rasch und gründlich ungetraut. Soll die deutsche Sozialdemokratie sich nun jedesmal manieren, wenn einer von den uns sich maniert, die uns gute Lehren geben? (Heiterkeit und sehr gut!) Die Opposition hat von uns gefordert, daß wir uns der Widerheit unterordnen sollten. Wir sollten entweder nationalliberal jeden wachen lassen, was er will, oder das unantastbare Herrenrecht von ein paar Dutzend anerkennen, die glauben, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen zu können. Wir haben niemals eine Weisung unterbrochen, weder nach rechts noch links. Wir halten an der größten Meinungsverschiedenheit fest, aber wir verlangen Geschlossenheit der Partei in der Aktion. (Sturm, Beifall.) Lenin und Plechanow sind aber abstrakt zu schreiben, was er will, aber jeder muß sich den Parteivorsitzenden fügen und Disziplin halten. Wer sein Vertrauen dazu mißbraucht, die Partei zu spalten, dem rufen wir allerdings ein Heil zu. (Sehr gut!) Das wir Friedenstaktik im Elsaß gelassen hätten, ist nicht wahr. Was in anderen Staaten passiert, haben wir für ihn getan. Eine Vertiefung nach keiner Richtung waren wir mit dem Kriegsmunitionsmangel und Rückzug des Juntas in Verbindung, um seine Interessen nach Möglichkeit wahrzunehmen. Wir haben wiederholt keine Erklärung, keine Forderung verlangt. Zum Dank sind wir doppelt wachsam geblieben. (Sehr wahr!) Aber wir werden weiter wachsam sein und Genossen unsere Schuldigkeit tun. (Beifall.) Die verschiedenen Fraktionen und Kampfbünde, die Haltungen mit dem Juntas auf die Front zu setzen, haben wir nicht, richtiges ist nicht ein einziges Mal gegen den Krieg und gegen die Regierung, sondern sozialistisch gegen die Sozialdemokratie. Es waren nicht nur niederträchtige Beschuldigungen einander gegenüber, die uns nötigt aufeinander im anderen Lager des Reiches stellen. (Sehr wahr!) Bei unserer Beschuldigung als Regierungskollaborateure haben wir die Reden und Botschaften empfangen, haben immer nur Widerstand geleistet und erwidert, daß dieses Mittel, das seitlich bei den Arbeitern wirkt. Aber die Arbeiter werden immer noch erziehen, was es mit unserer Regierungspolitik auf sich hat, was um die Interessen von Arbeiter, Soldaten und ihren Familien

wahrzunehmen und Opfer des Belagerungszustandes zu retten, sind wir zur Regierung gegangen, und eine spätere Zeit wird feststellen, wie vielen Menschen wir glücklicherweise helfen, wie vielen wir sogar das Leben retten konnten. (Hör, hör!) Wir haben benutzerweise nichts getan, was die Einheit der Partei hätte stören können. Wir werden auch weiter nichts tun, was die Einigkeit der Arbeiterklasse stören könnte, aber über die Annahme der Resolution Braun und Severing wollten wir nicht hinausgehen. Im übrigen leisten wir praktische Arbeit für den Frieden und die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse. Das wird die deutsche Arbeiterklasse erkennen und zur Tagesordnung übergehen über diejenigen, die scheinbar radikale Reden halten, aber nichts für sie getan haben. Die deutschen Arbeiter werden sich in ihrer Masse wieder zusammenfinden in der einen deutschen Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Koblenz: Unsere Parteipresse genügt in der Tat vielfach den Anforderungen eines erweiterten Leserkreises nicht. Wir sind noch zu sehr sozialdemokratisches Vereinsorgan und zu wenig Nachrichten- und Unterhaltungsblatt. Auch geschäftlich und im Buchhandel sind wir noch sehr rückständig. Wenn das nicht gebessert wird, erleben wir nach dem Kriege unser blaues Wunder. Die Parteispaltung kommt nicht von ungefähr, sondern beruht auf tiefen sachlichen Gegensätzen. Ist eine einheitliche politische und parlamentarische Aktion mit den Unabhängigen möglich? Darauf kann kein Einigungsfreund antworten. Die Spaltung war eine historische Notwendigkeit geworden, weil die Unabhängigen in ihrem scholastisch veränderten Marxismus konsequenterweise den Weg gar nicht gehen konnten, den wir beschreiten. Sätten sie den Mut der Konsequenz, so müßten sie Sozialisten und Sozialisten sein. Mit Recht sagt Renner, daß dies nicht eine Krise des Sozialismus, sondern eine Krise des Marxismus ist. Die Unabhängigen werden immer eine Politik der Zerstörung, des Niedertreibens, des Heruntertreibens treiben müssen. Wir aber müssen in aufbauendem Sozialismus die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft zimmern. (Beifall.)

My La u - Leipzig: Man soll niemals einen Einigungsvorschlag unterlassen, denn die Arbeiter sind ja doch auf die Geschlossenheit angewiesen; aber die Einigungsaussichten sind von der Leipziger Perspektive aus sehr trübe. Ich kann beim besten Willen den Unabhängigen nicht einmal bei den guten Glauben zustehen, haben sie doch den Beschluß gefaßt, daß wir einfach nicht mehr als organisiert gelten. Sie sähen über Vergewaltigung, aber sie selbst haben drei Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ entlassen, die zusammen 75 Dienstjahre haben. (Hör, hör!) Jetzt versuchen die Unabhängigen systematisch die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen. Von 20 000 Leipziger Metallarbeitern haben 47 den Austritt aus dem Kartell beschlossen. Heute werden sie die Gründung eines neuen Kartells beschließen und die Einberufung eines neuen Verbandstages der Metallarbeiter beantragen. (Hör, hör!) Die bewußte Demagogie der Unabhängigen richtet unter den Arbeitern wahre Verheerungen an. Der zweite Vorsitzende der „Leipziger Unabhängigen-Organisation“ hat ganz überzeugt weiter erzählt, das Hilfsdienstgesetz finde nur auf Arbeiter Anwendung, nicht auch auf Angestellte. (Heiterkeit.) Die Leipziger Steinleher haben beschlossen, wegen der Haltung der Generalkommission aus dem Kartell auszutreten und gleichzeitig haben sie dem Mitglied der Generalkommission, ihrem Verbandsvorsitzenden Knoll, eine Glückwunschadresse geschickt. (Heiterkeit.) Wir können also mit unserem Einigungswillen einweisen auf keinen Erfolg rechnen, aber wir haben die Pflicht, den Zersplitterern der Arbeiterbewegung immer wieder zu sagen, daß Einigkeit nottut. (Beifall.)

Ein neuer Antrag Braun und Genossen fordert die Einlegung einer siebenköpfigen Kommission, die zur rechten Zeit für die Wiedereinigung tätig werden und dem nächsten Parteitag Bericht erstatten soll. Die weitere Diskussion wird auf Dienstag vormittag vertagt. Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preussische Abgeordnetenhaus

trat am Dienstag wieder zusammen. Nach dem Beschluß des Aelterenrates soll nur noch heute (Mittwoch) eine Vollsitzung stattfinden, worauf das Plenum sich bis zum Dienstag, 6. November vertagen soll. Die Vollsitzungen sollen mit der Frage über die rechtliche Stellung der Dissidenten wieder eröffnet werden. Inzwischen werden die Kommissionen arbeiten. Nächste der Wohnungskommission wird die Haushaltskommission ihre Beratungen halten, um die Kohlennot und die Ernährungsfragen zu erörtern. Der Seniorenkongress beschloß ferner, die Gesetzesvorschläge für eine Vereinfachung der Verwaltung einer aus 14 Mitgliedern bestehenden Kommission zu überweisen.

Der Antrag über die Kohlenverjorgung und die Ernährung, der von fast allen Parteien gestellt worden ist, lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, in der verfallenen Staatshaushaltskommission Auskunft darüber zu erteilen, welche Maßnahmen für die Sicherstellung der Verjorgung der Bevölkerung mit Kohle und für die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes im laufenden Erntejahre getroffen oder geplant sind.

Der Landtagsabg. Traub hat sein Landtagsmandat noch nicht niedergelegt; er nahm heute noch an der Sitzung teil.

Die erste Sitzung beschäftigte sich vornehmlich mit dem Beamtenrecht. Es lagen einige Anträge der Fortschrittler und des Zentrums vor, die die Regierung aufforderten, so bald wie möglich die Vorlage eines einheitlichen Beamtenrechts einzubringen. Von unserer Seite warnte Gen. Härtel davor, den stehenden Dreiklassenlandtag mit einer so bedeutungsvollen Aufgabe zu beauftragen. Er hielt es für dringend notwendig, dem neuen, auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählten Abgeordnetenhaus diese Materie zu überlassen. Im übrigen übte er an den bestehenden Verhältnissen auf dem Gebiete des Beamtenrechts schärfste Kritik. Schließlich ging die Vorlage an die verstärkte Gemeindekommission.

Die preussische Wahlrechtsvorlage weiter verschleppt.

Wie die „Germania“ erzählt, wird es nicht möglich sein, die Vorlage über die Änderung des preussischen Wahlrechtes bis November fertigzustellen. Die Änderungen des Wahlgesetzes bieten weniger Schwierigkeiten, dagegen erordert die Erneuerung der Wahlkreise und die Reform des Herrenhauses erhebliche Vorbereitungen, die durch die mangelhafte Befähigung der Behörden infolge des Krieges sich verzögern. Es ist deshalb fraglich, ob die Vorlage vor Dezember dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegt werden kann, und da die Parteien Wert darauf legen, die Vorlage in den Fraktionen ausarbeiten, wird vor den Weihnachtstagen höchstens die erste Lesung stattfinden können.

Die Gewerkschaften gegen die „Vaterlandspartei“.

Der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften (S.-D.) hat sich in folgender Resolution gegen die „Deutsche Vaterlandspartei“ geäußert: Der Zentralrat steht in dem Interesse dieser neuen Partei, auch wenn sie angeblich nur für die Kriegszeit ins Leben gerufen wurde, einen neuen Versuch zur Verhinderung der inner-

politischen Kämpfe. Der Zentralrat richtet an alle Gewerkschaften und Ortsverbände der deutschen Gewerkschaften die dringende Aufforderung, alle Versuche der Vaterlandspartei hitzvoll zurückzuweisen, die darauf gerichtet sind, die einzelnen Mitglieder der Organisation als solche vor ihren Wagen zu spannen und sie für ihre die Einigkeit zerstörenden Zwecke zu mißbrauchen.

Kein Verfahren gegen Haase-Dittmann-Voghtes.

Die konservative „Tägl. Rundschau“ hatte berichtet, die Regierung habe die Einlegung einer parlamentarischen Untersuchungskommission gegen die drei Abgeordneten abgelehnt. Da sich das Anklagematerial bereits auf dem Wege an das Reichsgericht in Leipzig befinde. Demgegenüber erklärt der „Vol. Lokalan.“: Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle sind wir in der Lage, auf das Bestimmteste zu erklären, daß die Nachricht falsch ist. Für ein Verfahren gegen die genannten Abgeordneten hat niemals ausreichendes Material vorgelegen.

Zur Regierungskrise.

Nach einer Notiz der „Berl. Börsenztg.“ soll der Reichskanzler zur Festigung seiner Stellung nicht nur Herrn v. Capelle, sondern auch Herrn Dr. Helfferich zu opfern, und den Vorsitzenden der Fortschrittlichen Volkspartei, den Abg. v. Bayer zum Vizekanzler zu machen bereit gewesen sein.

Die „Voss. Ztg.“, die seit einiger Zeit nicht unbedeutende Beziehungen zu Regierungskreisen hat, bemerkt hierzu: Die Demission Capelles und Helfferichs würde selbstredend bedeuten, daß Dr. Michaelis im Amt bleibt. Vorläufig weiß man aber noch nicht einmal, daß das Abschiedsgesuch des Admirals v. Capelle bereits angenommen ist. Demnach erübrigt es sich bis auf weiteres auch noch von einem Rücktrittsgesuch Helfferichs zu sprechen.

Auch die „Germania“ teilt mit, daß der Reichskanzler den Posten des Vizekanzlers dem freisinnigen Abgeordneten von Payer angeboten habe, der aber abgelehnt habe. Parlamentarische Kreise seien nach den bekannten Vorgängen im Reichstag der Ansicht, daß Herrn Dr. Michaelis das nötige Augenmaß für die Bedeutung politischer Geschäfte mangelt. Es könne für den Posten des leitenden Staatsmannes unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen nur ein gewandter Politiker und Diplomat in Frage kommen. Man nehme an, daß nach der Rückkehr des Kaisers vom Balkan die gebotene Klärung unserer innerpolitischen Lage bald erfolgen werde.

Wie Herr von Payer der „Frankf. Ztg.“ mitteilt, entbehrt das Gericht, daß ihm die Stelle des Vizekanzlers angeboten worden sei, jeder Begründung.

Freikonservative Entschlüsse gegen Verständigungs-Frieden, parlamentarisches System und staatsbürgerliche Gleichberechtigung.

Der Gesamtverband der Reichs- und freikonservativen Partei faßte in der Sitzung vom 14. und 15. Oktober Entschlüsse, denen zu entnehmen ist: Unser Kriegsziel kann nur ein Frieden sein, der uns volle Sicherung der Landesverteidigung und freier wirtschaftlicher Entwicklung, sowie nötig durch Landwerb, sowie Entlastung von Kriegskosten, Siedlungsland im Osten und die Ausgestaltung unseres Kolonialreiches verbürgt. Den Gedanken der Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland lehnen wir ab. Die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen lehnen wir als unvereinbar mit der Eigenart dieses Staates nach wie vor ab.

Als: Krieg bis zum Weißbluten, dafür aber Ablehnung wirklich demokratischer Reformen lautet die Parole dieser Herren. Es ist gut, daß das Volk das weiß.

Die Reichstagsmehrheit — Wegelagerer!

Der „Verband Weltmarkt der Deutschpötkischen Partei“ — hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, das mit den erbaulichen Sätzen beginnt:

„Erfst dadurch, daß unsere Reichsleitung die Zügel nicht mehr fest in der Hand hielt, ist die Reichstagsmehrheit angespornt worden, nun ihrerseits die Zügel an sich zu reißen. Erfst dadurch, daß unsere Reichsleitung glaubte, immer wieder nachgeben zu müssen, sind die politischen Wegelagerer in ihrem Größenwahn so sehr bestärkt worden, daß sie mit der Pistole in der Hand immer wieder Zugeständnisse erpreßten.“

Diese Ausführungen sind offenbar entstanden unter dem „einigen“ Einfluß der Deutschen Vaterlandspartei.

Professoren gegen die alldeutsche „Vaterlandspartei“.

48 ordentliche und außerordentliche Professoren der Berliner Universität mit Professor Hans Delbrück, dem bekannten Freikonservativen an der Spitze, haben an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die lautet: Wir Professoren der Universität Berlin halten es, um entgegengelegten Bestrebungen nicht allein das Wort zu lassen, für unsere patriotische Pflicht, in diesem Augenblicke zu erklären, daß uns die Friedensbotschaft vom 12. Dezember 1916 und die jetzt auf die Papstnote vom Deutschen Reich und seinen Bundesgenossen erteilte Antwort eine geeignete Verhandlungsgrundlage zu geben scheinen, um einen die Sicherheit, die Ehre und eine große Zukunft Deutschlands gewährleistenden Frieden zu erreichen.

Abgeordneter Wellstein gestorben.

Berlin, 16. Oktober. Der Zentrumsabgeordnete Wellstein, seit 1893 Mitglied des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, ist im 68. Lebensjahre gestorben.

Interpellation wegen der Fahrpreiszuschläge im sächsischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat folgende Interpellation eingebracht: Welche Schritte gedenkt die Staatsregierung zu unternehmen, um die geplanten Zuschläge zu den Fahrpreisen für Eil- und Schnellzüge und die Beidrückung des Personenzugverkehrs zu verhindern? Die außerordentliche Sitzung des sächsischen Landtags wird am Mittwoch geschlossen werden. Der ordentliche Landtag wird Mitte November zusammentreten. Der Gegenwurf über die Einführung eines staatlichen Kohlenabbauregals wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt. Verleger: J. Schwarz und Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Leipzig.